

PRESSEKONFERENZ

## ***Equal Pension Day***

***Teuerung verschärft Altersarmut bei Frauen:  
Einkommens- und Pensionslücken weiter schließen!***

**Teilnehmerinnen:** **OLIVIA JANISCH**  
BUNDESFRAUENVORSITZENDE, GEWERKSCHAFT vida

**YVONNE RYCHLY**  
LANDESFRAUENVORSITZENDE, GEWERKSCHAFT vida WIEN

**KATHARINA MADER**  
ÖKONOMIN, REFERENTIN ABTEILUNG FRAUEN/FAMILIE, AK WIEN

**Ort:** Wien

**Datum:** 6. September 2022

---

**RÜCKFRAGEN:** **Gewerkschaft vida/Öffentlichkeitsarbeit**  
Hansjörg Miethling  
Mobil: 0664/6145733  
E-Mai: [hansjoerg.miethling@vida.at](mailto:hansjoerg.miethling@vida.at), [www.vida.at](http://www.vida.at)

## ***112 pensionslose Tage für Frauen in Wien***

Am 9. September ist in Wien Equal Pension Day. Das ist jener Tag, an dem Männer schon so viel Pension bekommen haben, wie Frauen erst am Jahresende haben werden. 112 Tage im Jahr bekommen Frauen im Vergleich mit Männern keine Pension. Die Lücke zwischen Frauen- und Männerpensionen beträgt fast 31 Prozent (bundesweit sind es 41 Prozent). Im Bundesländervergleich ist dieser Wert damit in Wien am geringsten. Am höchsten ist der „Pensionsgap“ mit mehr als 46 Prozent in Oberösterreich und mit fast 48 Prozent in Vorarlberg.

## **Rekordinflation verschärft Situation für viele Frauen**

Für Frauen mit geringen Pensionen wirkt sich die aktuelle Rekordinflation von 9 Prozent noch zusätzlich verschärfend auf ihre Lebensumstände aus. Die Gewerkschaft vida und die AK Wien fordern daher rasch Gegenmaßnahmen von der Bundesregierung ein. Außerdem setzen sich in jungen Jahren viele noch nicht mit der Pension auseinander. Deshalb ist auch verstärkte Bewusstseinsbildung notwendig, um die Frauen über drohende Altersarmut und Gegenmaßnahmen aufzuklären.

## ***Zu geringe Fraueneinkommen führen in Altersarmut***

Männer bekamen 2021 österreichweit im Jahresschnitt 29.437 Euro Pension, Frauen 17.350 Euro. In Wien betragen die Werte für 2021 für Männer 28.773 Euro, für Frauen 19.919 Euro. Im Bundesländervergleich sind die Frauenpensionen in Wien am höchsten. Vorarlberg und Tirol sind mit durchschnittlich 15.127 Euro bzw. 15.929 Euro im Jahr Schlusslichter. Während im Jahr 2021 Männer 14mal pro Jahr eine monatliche Durchschnittspension von 2.103 Euro bezogen haben, waren es bei den Frauen nur 1.239 Euro im Monat.

## **Wenig Einkommen generiert niedrige Pension**

Ursache für niedrigere Frauenpensionen sind zu geringe Einkommen während der aktiven Berufszeit. So weisen Daten für den kommenden Equal Pay Day, der in Wien heuer auf den 18. November fällt, aus, dass Frauen im Vergleich zu Männern statistisch betrachtet 44 Tage „gratis“ arbeiten. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern beträgt in Wien 12 Prozent.

## ***Rychly: Frauen arbeiten teilweise unfreiwillig in Teilzeit***

„Die Einkommensschere bei den Pensionen ist die Summe einer endlos langen Liste an Nachteilen von Frauen, die sie ihr ganzes Leben lang bis ins Alter begleitet“, erklärt Yvonne Rychly, Wiener Landesfrauenvorsitzende der Gewerkschaft vida. Tätigkeiten, die von Frauen

ausgeübt werden, sind deutlich schlechter bezahlt. Viele Frauen arbeiten in systemrelevanten Berufen, etwa in der Pflege, in der Reinigung, im Einzelhandel, in der Kinderbetreuung. „Die Bezahlung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit von Frauen entspricht nicht ihrem Wert, ist oft mit belastenden Arbeitsbedingungen verbunden und wird nur in Teilzeit angeboten. Das heißt, Frauen arbeiten teilweise unfreiwillig in Teilzeit, weil sie keine Wahlmöglichkeit haben“, erläutert Rychly.

### **Randphänomen Väterkarenz**

Nur jede zweite Frau wechselt direkt aus Beschäftigung in Pension. Vielfach liegt es an den Arbeitsbedingungen, die ein Arbeiten bis zur Pension verhindern. Doch auch das Gründen einer Familie stellt für Frauen einen Einschnitt dar. Denn Väterkarenz ist zwar seit mehr als 30 Jahren gesetzlich in Österreich verankert, Halbe-Halbe bei der Karenz ist aber noch immer ein Randphänomen. Lediglich ein Prozent der Männer geht mehr als sechs Monate in Karenz. „Auch das unzureichende Angebot an Kinderbetreuung und Kinderbildungseinrichtungen ist nach wie vor eine Riesenbarriere für gleichberechtigte Arbeitsmarktchancen. In Ermangelung eines ausreichenden Angebots wird die Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen zur Privatangelegenheit erklärt und als unbezahlte Arbeit auf Frauen abgeschoben“, kritisiert die vida-Gewerkschafterin.

### **Kinderbetreuungsangebote ausbauen**

Rychly fordert einen flächendeckenden Ausbau von Gratis-Kinderbetreuungsangeboten in ganz Österreich nach dem Vorbild Wiens. Auch bei den Öffnungszeiten muss nachgebessert werden. „Kinderbetreuung muss nicht nur leistbar sein, Kindergärten müssen auch über entsprechend ausgeweitete Öffnungszeiten verfügen, die mit den Arbeitsrealitäten im Einklang stehen, um eine Vollzeitbeschäftigung beider Elternteile zu ermöglichen“, fordert Rychly.

### ***Mader: Frauen in Österreich arbeiten heuer 63 Tage „gratis“***

„Das vorgelagerte Problem sind niedrige Fraueneinkommen“, erklärt AK-Expertin Katharina Mader. Die Ökonomin und Referentin in der Abteilung Frauen und Familie in der AK Wien rechnet vor, dass in Österreich heuer am 30. Oktober 2022, am bundesweiten Equal Pay Day, die Männer bereits jenes Einkommen erreicht haben, wofür Frauen noch bis zum Jahresende arbeiten müssen. Österreichs Frauen arbeiten heuer also 63 Tage „gratis“.

### **Pandemiebedingter Beschäftigungsrückgang**

Die Basis für die Berechnung des Equal Pay Days stellen die durchschnittlichen Bruttojahresbezüge von ganzjährig Vollzeitbeschäftigten laut Lohnsteuerstatistik dar. Der Equal Pay Day 2022 basiert dabei auf der Lohnsteuerstatistik aus dem Jahr 2020, dem ersten

Jahr der COVID-19 Pandemie, der Lohnunterschied beträgt 17,1 Prozent, erläutert die Expertin. In Summe weist die Lohnsteuerstatistik 128.000 Lohnsteuerpflichtige weniger auf als im Jahr 2019, was mit dem pandemiebedingten Beschäftigungsrückgang zusammenhängt. Der Rückgang der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Frauen um minus 2,11 Prozent ist dabei deutlich größer als jener bei den Männern (minus 0,94 Prozent).

### **Krisen „verbesserten“ Einkommenslücke zwischen Frau und Mann**

Mit den Einkommenszahlen aus dem Pandemiejahr 2020, die für den Equal Pay Day des aktuellen Kalenderjahres 2022 verwendet werden, zeigt sich – ähnlich wie bei der letzten Krise 2009 – eine deutliche Verkleinerung des prozentuellen Einkommensunterschiedes und eine Verschiebung bzw. Verbesserung des Equal Pay Days. Dies ist vor allem auf die COVID-bedingten Entwicklungen am Arbeitsmarkt sowie Beschäftigungsstruktureffekte zurückzuführen: „Jene Frauen, die trotz Krise und Lockdowns das ganze Jahr über in Vollzeitjobs bleiben konnten, sind jene, die relativ gut verdienen, wodurch sich gewissermaßen statistisch eine positive Verzerrung im Vergleich zum Vorjahr und ein relativ hoher durchschnittlicher Einkommenszuwachs ergibt“, so Mader. Bei den ganzjährig vollzeitbeschäftigten Männern hingegen, bei denen es einen geringeren Beschäftigungsrückgang gab, dürfte vor allem der kurzarbeitszeitbedingte Wegfall ihrer Überstunden(entgelte) zu einem geringeren Anstieg ihrer Durchschnittseinkommen geführt haben, analysiert die AK-Expertin.

### **Einkommensunterschied bei ArbeiterInnen am größten**

Betrachtet man die Einkommensschere der Geschlechter nach beruflicher Stellung, zeigt sich, dass bei den ArbeiterInnen der Einkommensunterschied mit 25 Prozent am größten ist – hier ist gleichzeitig auch der Rückgang zum Vorjahr am geringsten. Außerdem zeigt sich hier der größte Rückgang an ganzjährig Vollzeitbeschäftigten, während etwa bei den Angestellten ein leichtes Plus zu verzeichnen ist.

### **Unteren Einkommen büßen durch Pandemie stark ein**

Betrachtet man die Entwicklung der ganzjährigen Vollzeitbeschäftigten nach Bruttobezugsstufen, zeigt sich, dass es bis inklusive Bezugsstufe 40.000 bis unter 50.000 Euro durchgängig zu einem Rückgang der Vollzeitbeschäftigten ebenso wie zu einem Rückgang der Jahresbruttobezüge kam. Nach Branchen betrachtet ergibt sich ein deutlicher Rückgang in den Branchen Beherbergung, Gastronomie und Arbeitskräfteüberlassung. „In diesem ersten Pandemiejahr waren vor allem die unteren Einkommensschichten und die Branchen mit geringen Einkommen stark von Jobverlust und Einkommenseinbußen betroffen“, sagt Mader.

## **Trotz statistischer Verzerrung Gender Pay Gap immer noch hoch**

All dies führt dazu, dass sich der Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern zwar verkleinert, aber trotz „positiver Verzerrung“ bei den Frauen noch immens hoch bleibt. Obwohl in der Statistik vorwiegend gutverdienende Frauen übriggeblieben sind, verdienen diese Frauen noch immer um 17,1 Prozent weniger als Männer. „Die Ergebnisse verdeutlichen: Krisen haben immer Auswirkungen auf die Statistik, Krisen verringern tendenziell immer den Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern.“ Das zeigt auch der Vergleich mit vorherigen Krisen (Datenjahr 2009 für die Equal Pay Day-Veröffentlichung 2011; Finanz- und Wirtschaftskrise). Auch da sank die Einkommensschere um über einen Prozentpunkt und auch damals verschob sich das Datum des Equal Pay Days um eine Woche, so AK-Wien-Expertin Mader.

## **Janisch: Frauenpensionen existenzsichernd machen!**

Zwischen 1997 und 2022 hat der Gender Pension Gap von 46,4 auf 41,1 Prozent abgenommen. „Die geschlechtsspezifische Pensionslücke schließt sich nur äußerst langsam. Nach heutiger Berechnung und mit der derzeitigen Geschwindigkeit wird es etwa 106 Jahre dauern, um die Lücke gänzlich zu schließen. Das ist völlig inakzeptabel“, kritisiert Olivia Janisch, Bundesfrauenvorsitzende der Gewerkschaft vida.

## **Sonst droht noch mehr Frauen Altersarmut**

Die Zahlen sprechen für sich: Im Jahr 2021 waren laut Statistik Austria rund 232.000 Menschen über 65 Jahren von Armut oder Ausgrenzung betroffen – 157.000 bzw. zwei Drittel davon sind Frauen. „Wir brauchen daher dringend mehr existenzsichernde Frauenpensionen“, ortet Janisch vor dem Hintergrund des Anhebens des Frauenpensionsantrittsalters ab 2024 und der niedrigen Frauenpensionen massive Defizite, die dringend von der Bundesregierung bereinigt werden müssen. „Sonst droht noch mehr Frauen die Altersarmut“, denn etwa nur ein Drittel aller Frauen in der Hotellerie und Gastronomie konnte direkt aus dem Beruf in Pension gehen. Und 2021 war etwa die Arbeitslosigkeit von 55- bis 59-jährigen Frauen mit 20,5 Prozent in der Gebäudereinigung im Vergleich zu anderen Branchen sehr hoch, was sich beim Pensionsantritt negativ auf die Pensionshöhe auswirkt, warnt die vida-Gewerkschafterin.

## **Schwerarbeitspension ausweiten**

„Daher müssen auch Beschäftigte in Gesundheits- und Pflegeberufen oder bei Eisenbahnen sowie in der Reinigung und in vielen anderen Dienstleistungsberufen in Schwerarbeitspension gehen können. Ihre Arbeitsbedingungen müssen einem Realitätscheck unterzogen werden“, fordert Janisch eine Überprüfung und Ausweitung der Anspruchskriterien von der Bundesregierung ein. In diesen Branchen würde dies insbesondere Frauen vor Altersarmut bewahren, da sie hier die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten bilden. „Die

Regierungsparteien müssen anerkennen, dass die Arbeit in diesen Branchen hohe körperliche und im Gesundheits-, Sozial- und Pflegebereich (85 Prozent Frauenanteil!) auch hohe psychische Belastungen mit sich bringt“, so Janisch.

### **Frauen von Rekordinflation stärker betroffen**

„Nachdem Frauen nach wie vor im Schnitt weniger als Männern verdienen bzw. auch weniger Pension bekommen, sind sie stärker von den anhaltenden Inflationsschüben betroffen. Die Bundesregierung darf nicht länger zusehen, wie Frauen in die Armut abrutschen“, fordert die vida-Bundesfrauenvorsitzende endlich nachhaltige Entlastungen anstatt „schnell verpuffende Gutscheinkaktionen“ ein.

### **Bessere Mobilitätsangebote für Frauen**

Mobilität ist insbesondere für die Erwerbsbeteiligung von Frauen essenziell. Gerade im ländlichen Raum sind viele noch auf den PKW angewiesen, sei es für den Weg zur Arbeit, Versorgungsleistungen oder tägliche Besorgungen und Arzt- und Amtswege. „Akut braucht es auch Entlastungen für PendlerInnen durch eine befristete Mehrwertsteuersenkung auf Treibstoffe und – noch wichtiger – eine Abschaffung der zehnpromzentigen Mehrwertsteuer auf Öffi-Tickets. Mittel- und langfristig muss auch der öffentliche Verkehr weiter ausgebaut werden, damit auf teureren Individualverkehr verzichtet werden kann“, fordert Janisch.

### **Lebensmittelpreise und Energiekosten senken**

Als weitere Entlastungsmaßnahmen fordert die vida-Gewerkschafterin eine Sondersteuer auf die Übergewinne von Energiekonzernen, die Einrichtung einer Preiskommission zur Senkung der Lebensmittelpreise, einen Energiepreisdeckel für Strom- und Gasrechnungen, das Bremsen der Preisspirale bei den Wohnungsmieten durch eine Rücknahme der Mietsteigerungen sowie eine gesetzliche Mietobergrenze. Darüber hinaus wäre auch die Erhöhung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 70 Prozent eine wichtige Maßnahme zur Armutsbekämpfung.

## ***vida-Forderungen***

### **Einkommens- und Pensionslücke schließen – Frauen über das gesamte Erwerbsleben hinweg gleichstellen:**

- Erhöhung der Bemessungsgrundlage von Kindererziehungszeiten auf das Durchschnittseinkommen von Frauen und Männern

- Berücksichtigung einer erhöhten Bemessungsgrundlage für Kindererziehungszeiten auch über den 4. Geburtstag des Kindes hinaus; z.B. 100 Prozent von 0 bis 4 Jahre, 66 Prozent im 5. und 6. Lebensjahr und 33 Prozent im 7. und 8. Lebensjahr
- Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes
- Väterkarenz ist noch immer ein Randphänomen: mehr Anreize für partnerschaftliche Teilung von Karenz und Förderung einer Familienarbeitszeit mit jeweils 250 Euro monatlich, wenn beide Elternteile zwischen 28 und 32 Stunden arbeiten
- Verstärkte Einkommenstransparenz und verpflichtende Maßnahmen zum Abbau von Einkommensnachteilen in Betrieben
- Ausbau von Pflegeangeboten
- Anspruch auf Schwerarbeitspension ausweiten auf Pflege und Gesundheitsberufe, auf in der Reinigung und im Eisenbahnbereich Beschäftigte, da auch sie hohen psychischen und physischen Belastungen ausgesetzt sind
- Faire Bezahlung im Erwerbsleben – Anhebung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne